

Motion Fraktion FDP (Barbara Freiburghaus/Bernhard Eicher): Mobility Pricing - Stadt Bern macht nicht mit

Aus dem Departement von Frau Bundesrätin Doris Leuthart ist Ende Juni 2016 das Projekt Mobility-Pricing lanciert worden. Die Idee dahinter: wer viel und auf beliebten Strecken zu attraktiven Zeiten fährt, soll mehr bezahlen. Der Bundesrat will damit die Kapazitäten auf Strasse und Schiene besser nutzen und die Verkehrsspitzen brechen. Die FDP der Stadt Bern steht dem Projekt grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Der Bundesrat will Pilotversuche prüfen und hat eine Liste mit Interessenten präsentiert. Darauf fungiert auch der Grossraum Bern.

Die Einführung eines Pilotversuchs in Bern (und Umgebung) wäre mit hohen Kosten verbunden (technische Ausrüstung, Erfassungssysteme, Kontrollen und Monitoring). Die Stadt Bern hat genügend andere Baustellen, als sich noch an einem solchen Projekt zu beteiligen. Zudem ist die Frage des Datenschutzes überhaupt noch nicht geklärt. Es ist eines, wenn sich Private selber Apps herunterladen, gemäss welchen sie „überwacht“ werden können. Es ist etwas völlig anderes, wenn der Staat mittels Apps das Verhalten von Bürgern überwacht.

Die Fraktion der FDP beantragt dem den Gemeinderat:

Die Stadt Bern beteiligt sich nicht am Pilotversuch Mobility-Pricing des Bundesrats.

Bern, 18. August 2016

Erstunterzeichnende: Barbara Freiburghaus, Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Dannie Jost, Christophe Weder, Vivianne Esseiva, Roland Jakob, Alexander Feuz, Henri-Charles Beuchat, Roger Mischler, Roland Iseli, Hans Ulrich Gränicher, Manfred Blaser, Rudolf Friedli

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Mobility Pricing ist aus Sicht des Gemeinderats grundsätzlich ein interessanter Ansatz, der das Potential aufweist, auf einer grundlegenden, gesamtschweizerischen Ebene zur Lösung oder zumindest zur Minderung von Verkehrsproblemen beizutragen. Allenfalls kann Mobility Pricing Antworten darauf geben, wie langfristig - z.B. bei einem weitgehenden Wegfall der Einnahmen des Bundes aus der Besteuerung von Triebstoffen - Mittel für den Bau und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur generiert werden können.

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 26. Oktober 2016 zur Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): *Road-Pricing statt weitere Verteuerung des öffentlichen Verkehrs* ausgeführt hat, würde er aber ein Pricing-System, welches die Nutzung des öffentlichen Verkehrs

im Vergleich zum motorisierten Verkehr verteuert, grundsätzlich skeptisch beurteilen, weil damit das von der städtischen Energie- und Verkehrspolitik angestrebte Umlagerungsziel konkurrenziert würde.

Ein Pilotversuch mit Mobility-Pricing entspricht auch nicht den Absichten des Kantons Bern: In seiner Antwort zu den beiden Motionen *Kein Mobility Pricing im Grossraum Bern* (Riem (Iffwil, BDP)) und *Staatsquotenneutrales Mobility-Pricing im Kanton Bern testen* (Alberucci (Ostermundigen, glp)) hat sich der Regierungsrat am 2. November 2016 (RRB-Nr.: 1213/2016) wie folgt geäussert:

„Der Regierungsrat erachtet Mobility Pricing und Road Pricing als interessante Ansätze für die künftige Verkehrspolitik der Schweiz. Sie sind wirksam, beseitigen Verkehrsengpässe und führen zu einer besseren Bewirtschaftung der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen, beispielsweise indem Verkehrsspitzen geglättet werden. (...) Der Regierungsrat lehnt aufgrund der vielen offenen Ausgestaltungsfragen beim öV die Teilnahme der Region Bern an einem Pilotversuch für Mobility Pricing ab.“

Die regierungsrätliche Position, auf eine Teilnahme der Region Bern an Pilotversuchen für Mobility-Pricing zu verzichten, wurde am 23. November 2016 vom Grossen Rat bestätigt (Ja 79, Nein 70, Enthalten 1).

Der Gemeinderat geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass kurz- und mittelfristig nicht ein Pilotversuch für Mobility-Pricing, sondern andere Massnahmen im Vordergrund stehen werden, um die Mobilitätsherausforderungen in der Stadt und Region Bern bewältigen zu können. So etwa der anstehende Ausbau des Bahnhofs Bern, das geplante Tram von Bern nach Ostermundigen, ein funktionierendes Verkehrsmanagement oder die bereits laufenden Massnahmen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs.

Da der Gemeinderat die Forderung der Motionäre aus den genannten Gründen bereits als erfüllt erachtet, beantragt er ihre Ablehnung. Folgt der Stadtrat dem Antrag auf Ablehnung, bedeutet dies aus Sicht des Gemeinderats deshalb nicht, dass er sich um die Teilnahme am genannten Pilotversuch bemühen müsste.

Möchte der Stadtrat explizit den Willen äussern, an einem Pilotversuch für Mobility-Pricing teilzunehmen, so empfiehlt ihm der Gemeinderat, dies im Rahmen der parallel zu behandelnden Motion Fraktion GLP: *Effizientere Nutzung der Verkehrsinfrastruktur mittels Mobility-Pricing* zu tun.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 22. März 2017

Der Gemeinderat